



## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Gremium:** Unterausschuss Jugendhilfeplanung des  
Jugendhilfeausschusses  
**Tag:** Dienstag, 28.09.2021  
**Ort:** Sitzungsraum A.202, Rathaus an der Volme  
**Beginn:** 16.00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Mögliche Verlagerung des Unterstandes auf der Grün- und Freizeitanlage „Bohne“
2. Verschiedenes



## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16.00 Uhr

#### **1. Mögliche Verlagerung des Unterstandes auf der Grün- und Freizeitanlage „Bohne“**

Herr Reinke begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung des Jugendhilfeausschusses. Auf seine Bitte hin stellen sich die Anwesenden vor.

Herr Goldbach gibt einen kurzen Überblick über den Stand der Angelegenheit.

Herr Reinke erinnert daran, dass die entsprechende Berichtsvorlage im Juni dieses Jahres im Jugendhilfeausschuss beraten worden sei. Zu diesem Tagesordnungspunkt hätten die Streetworker Frau Schneider und Herr David einen eindrucksvollen Bericht abgegeben. Er erinnert an den Ratsbeschluss in der Angelegenheit aus Dezember 2018. Der Rat habe den Beschluss des Jugendhilfeausschusses zu dem Thema weitestgehend übernommen. Man sei mittlerweile auch im politischem Raum zu der Erkenntnis gekommen, dass diese beiden Bereiche nicht zueinander passten. Man wolle in der heutigen Runde schauen, an welchen Stellen noch Probleme bestünden und ob es dafür passende Lösungen in Form von Ausweichmöglichkeiten gebe.

Frau Schneider berichtet von einer gewissen Gruppendynamik, die dazu geführt habe, dass sich mittlerweile viele der Klienten und Klientinnen nicht mehr an der Unterführung an der Minervastraße aufhielten, sondern auf der Wehringhauser Straße im Durchgangsbereich zum Park. Man sei täglich vor Ort. Sie glaube, dass ihre Arbeit als Streetworker dort sinnvoll sei und gut angenommen werde.

Herr Reinke macht deutlich, dass man das dem damaligen Bericht bereits entnommen habe. Das sei auch sehr wichtig und lobenswert. Dennoch gebe es dort weitreichende Konflikte. In Gesprächen vor Ort habe er festgestellt, dass das kein Ort sei, an dem man seine Kinder spielen lassen wolle. Dieses Empfinden habe auch der Stadtkämmerer bei einer Ortsbesichtigung so bestätigt.

Herr Schmidt führt aus, dass die Problematik in Form des direkten Kontaktes der Gruppe zu dem Pumptrack und dem Basketballkorb seines Erachtens nicht mehr gegeben sei.

Weiterhin sei anzumerken, dass die Menschen dorthin kommen würden, solange der Arzt seine Praxis dort habe. Er frage sich, ob es nicht verträglicher wäre, wenn sich diese Menschen im hinteren Bereich aufhalten würden. Er sehe die Konkurrenz der beiden Gruppen derzeit nur sehr begrenzt. Die Situation habe sich anfangs ganz anders dargestellt.



Herr Reinke merkt an, dass ja dann nichts dagegen spreche, die gesamte Fläche unter die Spielplatzsatzung zu stellen. Außerdem fühlten sich die Menschen dort auch nicht wohl. Sie fühlten sich wie „auf dem Präsentierteller“.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass es ja keine tatsächlichen Vorkommnisse oder Konflikte gegeben habe. Es gebe die Einschätzung, die er teile, dass der Platz mehr frequentiert wäre, wenn sich diese Gruppe von Menschen dort nicht aufhalten würde. Er plädiere dafür, die Fläche weiter in den hinteren Teil zu verschieben. Dann müsse man den Unterstand an anderer Stelle aufbauen.

Frau Heuer erklärt, dass der hintere Teil sehr unattraktiv sei. Könnte man die Spielplatzsatzung nicht nur für einen Teil der Fläche anwenden?

Herr Reinke beschreibt die Fläche, die unter die Spielplatzsatzung fallen würde.

Herr Schmidt fragt, ob es nicht denkbar sei, dass der sogenannte „Käfig“ anderweitig für die Jugendlichen beispielsweise zum Umziehen und Ablegen ihrer Sachen genutzt werde. Dann könne dieser Unterstand stehen bleiben und im hinteren Teil ein Unterstand für die andere Gruppe geschaffen werden.

Frau Heuer regt an, den „Park“ entsprechend so zu gestalten, dass die Flächen optisch getrennt wahrzunehmen seien. Dann würden sich die Substituierten auch wohler fühlen.

Herr Bihs führt aus, dass der WBH dort ein Dutzend Häuser mit dem Ziel erworben habe, die Mieterstruktur besser zu mischen. Dieser Treff schrecke einen Teil der Mieter ab. Man habe große Innenhofbereiche, die von einem Teil der Klienten gern aufgesucht würden. Diese Bereiche würden demnächst so gestaltet, dass die Aufenthaltsqualität deutlich gesteigert werde. Von daher werde dort eine Verlagerung stattfinden. Er könne keine Fläche für die Verlagerung der Szene anbieten. Man habe die Immobilien rechts und links der Substitutionsambulanz gekauft. Er sei der Meinung, dass die dort stattfindende Substitution in der Form nicht richtig sein könne. Man versuche, auch diese Immobilie zu erwerben.

Man habe dort über einen kurzen Zeitraum eine Toilette bereitgestellt, bis sich der Toilettenbetreiber geweigert habe, diese weiterhin zu leeren. Auf den Einsatz der Parkwächter könne man wohl daher nicht verzichten.

Herr Reinke macht deutlich, dass die Toilettensituation im Jahr 2018 Auslöser für Diskussionen in verschiedenen Gremien gewesen sei und in dem Ratsbeschluss gemündet sei.

Herr Bihs bestätigt auf die Frage von Frau Kaufmann, ob er beabsichtige, die Immobilie zu kaufen, dass er das gern tun würde.

Frau Kaufmann fragt, ob ein solcher Kauf irgendetwas an der Situation ändern würde.



Herr Bihs macht deutlich, dass man die bestehenden gewerblichen Mietverhältnisse jederzeit kündigen könne.

Frau Heuer beschreibt die Substitution, wie eine solche in der Coronazeit in einer anderen Stadt ablaufe. Es könne doch durchaus sein, dass es in Hagen nicht so dramatisch sei, wie es den Anschein habe.

Herr Reinke ist der Meinung, dass die Menge der Behandelten auf jeden Fall falsch sei.

Herr Schmidt erklärt, dass man die Vergabe kontrolliere. Er beschreibt das Verfahren. Er wehre sich gegen die Stigmatisierung dieser Menschen. Zu der Vergabesituation sei zu sagen, dass es nur eine überschaubare Zahl von Ärzten gebe, die diese Substituierung durchführten. Es sei die Frage, ob man nicht Standorte haben könne, an denen man die Substitution adäquat gestalten könne. Man müsse diese Menschen mit ihren Bedürfnissen genauso ernst nehmen wie alle anderen Menschen in dieser Stadt.

Herr Titze ergänzt, dass Herr Dr. Fertsch eine wertvolle Hilfe in der Substitution in Hagen sei. Die Anzahl der betreuten Menschen bedeute auch gleichzeitig eine Kriminalprävention für diese Stadt. Das dürfe man nicht unterschätzen.

Man habe das Ganze auch sozialräumlich begleitet. Es seien ein Parkbetreuer und zwei Streetworker eingestellt worden. Das seien mittelfristige Prozesse, von denen man keine schnellen Ergebnisse erwarten dürfe. Die sozialräumliche Begleitung sollte gegebenenfalls auch noch verstärkt werden. Auch auf anderen Spielplätzen gebe es Störpotential. Man habe das Grundrecht des Aufenthaltes und könne Menschen nicht zwingen, in bestimmte Räumlichkeiten zu gehen. Das bitte er zu bedenken und darauf zu vertrauen, dass Parkbetreuer, Streetworker und die Maßnahmen der Drogentherapeutischen Ambulanz ihr Wirkung zeigten.

Herr Goldbach macht deutlich, dass die Diskussion an einem Punkt angelangt sei, an dem man nicht weiterkomme. Wenn man heute zu einem Ergebnis kommen wolle, müsse man den Jugendhilfeausschuss beauftragen, einen konkret dafür für geeignet gehaltenen Ort im weiteren Verlauf der Bohne zu inspizieren und zu prüfen, ob die Betroffenen diesen Weg mitgehen würden und den notwendigen Kostenrahmen für diese Maßnahme ermitteln. Die Fragestellung, ob man das irgendwann einmal in die Substitutionsambulanz integriert bekommen würde, stünde jetzt nicht zur Diskussion.

Herr Schmidt stellt fest, dass die Kassenärztliche Vereinigung das sicher nicht zulassen werde. Dafür hätten die Ärzte, die Substitution in großem Stil betrieben, eine zu große Lobby.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass die Substitutionsambulanz in der Innenstadt in der Trägerschaft des Krankenhauses in Elsey sei. Für die Zulassung sei die Kassenärztliche Vereinigung zuständig.

Man müsse im Ergebnis über eine konkrete Alternative sprechen, die man sich auch einmal anschauen und mit konkreten Kosten hinterlegen könne. Dann habe man eine andere Basis.



Herr Reinke gibt Herrn Goldbach recht.

Herr Schmidt fragt, ob das nicht in dem Stil wie mit den aufgestellten Containern an der Martin-Luther-Straße denkbar sei.

Herr Wessel regt an, in Bezug auf den von Herrn Goldbach gemachten Vorschlag eine Kostenermittlung für die Installation eines Unterstandes in einiger Entfernung vorzunehmen. Gleichzeitig solle geprüft werden, ob der Unterstand an der alten Stelle eventuell bleiben und einer Entzerrung dienen könne.

Herr Reinke betont, dass er das für eine gute Idee halte. Man habe ja erfahren, dass sich dort mehrere verschiedene Gruppen aufhielten.

Frau Heuer weist darauf hin, dass man die Gruppen doch vom Spielplatz weg bekommen wolle. Da halte sie einen zweiten Unterstand nicht für zweckdienlich. Sie plädiere für die Lösung, die Fläche als Spielplatz auszuweisen.

Frau Niemann fragt Frau Schneider, ob die Betroffenen eine Idee oder einen Wunsch bezüglich ihres Aufenthaltsortes geäußert hätten.

Frau Schneider antwortet, dass die meisten der von den Betroffenen geäußerten Vorschlägen nicht umsetzbar gewesen seien. Es habe Unverständnis darüber gegeben, warum der Unterstand nicht gleich von vorneherein weiter hinten im Park aufgebaut worden sei.

Herr Reinke fragt Herrn Bihs, ob er die Kosten für einen solchen Unterstand eventuell schätzen könne und ob man diesen im hinteren Teil der Bohne aufstellen könne.

Herr Bihs erwidert, dass der Aufwand dafür nicht so groß sei. Wenn er sich allerdings die Vermieterstruktur anschau, würde diese lieber ganz auf einen solchen Unterstand im vorderen Bereich verzichten. Es locke Leute an, die dort ihr Mobilar abstellen, um es gemütlich zu gestalten. Er gehe davon aus, dass dem Wunsch der Leute, nicht so „auf dem Präsentierteller“ zu stehen, durch den Aufbau im hinteren Bereich Genüge getan würde. Er würde empfehlen, den Unterstand abzubauen und an anderer Stelle wieder aufzubauen. Man könne die Kosten für ein Umsetzen und einen Neubau schnell ermitteln. Wenn der Standort festgelegt werde, könne auch ein Plan erstellt werden.

Herr Schmidt sagt, dass man sich diesbezüglich austauschen werde.

Herr Bihs schlägt vor, die Angelegenheit in einem gemeinsamen Termin zu erörtern. Er gehe nicht davon aus, dass das Vorhaben nochmals vom Zuschussgeber gefördert werde. Vielleicht könne es so umgesetzt werden.

Herr Reinke berichtet, dass das auch die Einschätzung des Kämmerers gewesen sei, dass ein Umsetzen unschädlich sei.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass man dieses Vorhaben mit der Bezirksregierung Arnsberg abstimmen müsse.



Herr Wessel nimmt Bezug auf den Wortbeitrag von Frau Heuer. Er würde das Anliegen unterstützen, Spielflächen entsprechend auszuweisen. Das solle man neben den baulichen Maßnahmen unbedingt mit im Blick behalten.

Herr Reinke betont, dass es das Ziel gewesen sei, Alkohol- und Nikotinkonsum zu unterbinden. Das lasse sich nur erreichen, wenn es unter der Spielplatzordnung stehe.

Frau Schuchardt stellt fest, dass nun wieder Geld in das Projekt fließe. Sie frage sich, wie hoch die Chancen seien, dass das Vorhaben überhaupt funktioniere. Könne man sich vorstellen, dass das gut angenommen werde?

Frau Schneider weist darauf hin, dass die Klienten und Klientinnen es sehr begrüßen würden, sich in einem geschützten Raum aufhalten zu können.

Herr Schmidt berichtet, dass er sich sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigt habe. Es habe nirgendwo funktioniert, die Menschen zu vertreiben. Man müsse das mit den Menschen zusammen planen und es müsse begleitet werden. Die Orte müssten sozialverträglich gestaltet werden.

Herr Reinke erinnert daran, dass der Ratsbeschluss auch aus diesem Grund so gefasst worden sei. Das sei Inhalt der Diskussion im Jahr 2018 gewesen. Er gehe davon aus, dass man nun einen Vorschlag habe, so wie ihn Herr Goldbach formuliert habe. Er würde auch die von Herrn Bihs gemachte Anregung in Bezug auf Gestaltung der Fläche und des Pumptracks aufgreifen wollen. Er persönlich favorisiere auch das Umsetzen des Unterstandes. Er fragt, ob sich jeder der Anwesenden dem so anschließen könne. Der Beschluss müsse dann im Jugendhilfeausschuss gefasst werden, zu prüfen, ob eine Umsetzung in den hinteren Bereich möglich sei und zu welchen Kosten. In der Folge solle die Fläche als Spielplatz ausgewiesen werden.

Herr Bihs schlägt vor, über den noch zu erstellenden Plan dann abschließend vom JHA abstimmen zu lassen. Man solle sich weiterhin über die Gestaltung und Abgrenzung der Spielplatzfläche zur Wehringhauser Straße hin verständigen. Er würde die Kollegen bitten, eine solche Grundlage zu entwickeln.

Herr Schmidt regt an, darüber nachzudenken, die Fläche insgesamt anders zu gestalten.

Herr Bihs macht deutlich, dass man sich etwas überlegen müsse, wenn der Unterstand dort entfernt werde, um die Spielplatzfläche einladend zu gestalten. Kinder und Jugendliche sollten gern dort hingehen. Er würde die Kollegen bitten, einen entsprechenden Entwurf zu machen. Das brauche allerdings eine gewisse Zeit. Man habe planmäßig auch eine Menge anderer Arbeiten. Er erklärt, dass das untere Wehringhausen ein benachteiligter Raum sei. Wenn man eine positive Entwicklung haben wolle, müsse man Lösungen finden, um dort eine vernünftige Mieterschaft etablieren zu können.



Herr Goldbach fragt, ob eine solche Planung bis zum 27. Oktober fertiggestellt werden könne. Dann finde die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses statt.

Herr Bihs bezweifelt das, da in Kürze auch die Ferienzeit beginne.

Herr Reinke betont, dass die Gestaltung folgen könne. Der erste Schritt werde sein, den Unterstand zu versetzen.

Herr Bihs betont, dass es geschickter sei, sofort die gesamten Kosten zu ermitteln. Der Kämmerei werde es gar nicht gefallen, wenn die Kosten für das Vorhaben erst nach und nach bekannt würden.

Frau Kaufmann macht deutlich, dass sie dem Wortbeitrag von Herrn Bihs vollumfänglich zustimme. Er solle ja dann abschließend die Kosten vollständig beziffern. Die große Sorge sei gewesen und sei es immer noch, dass dieser Stadtteil kippe, wenn es nicht gelinge, die Attraktivität dort zu steigern und das Sicherheitsgefühl wieder herzustellen. Andernfalls werde man dort keine Familien ansiedeln können. Es wäre wichtig, auch nach außen hin geschlossen aufzutreten und die getroffenen Maßnahmen gut begründen zu können.

Herr Reinke weist darauf hin, dass die Angelegenheit bei Beratung einer entsprechenden Vorlage im Jugendhilfeausschuss bereits öffentlich sei.

Herr Bihs merkt an, dass man den Bodelschwinghplatz Nr. 5 erworben habe. Eventuell sei das eine Alternative für das Vorhaben.

Herr Goldbach fasst zusammen, dass man über die heutige Beratung im nächsten Jugendhilfeausschuss am 27. Oktober berichten und einen Prüfungsauftrag erteilen werde. Dann könne man eine endgültige Beschlussfassung in der Sitzung am 1. Dezember vornehmen. Das sei seines Erachtens ein realistischer Zeitplan. Der Lenkungskreis Wehringhausen tage am 22. November. Dort könne man dann das Vorhaben auch vorstellen.

Herr Reinke geht davon aus, dass man dann hoffentlich im Frühjahr des kommenden Jahres mit der Umsetzung beginnen könne.

Herr Bihs rechnet damit, dass es bis zur Umsetzung Frühsommer werde.

Herr Schmidt regt an, ggf. auch die Praxis von Herrn Dr. Fertsch optisch etwas aufzuwerten. Vielleicht könne dort eine reguläre Arztpraxis entstehen.

Herr Bihs hält einen Keller für den Betrieb einer Arztpraxis für ungeeignet. Er könne andere Ladenlokale zu diesem Zweck zur Verfügung stellen. Bis zum Renteneintritt von Herrn Dr. Fertsch in ca. drei Jahren seien diese entsprechend nutzbar und seien von vorne begehbar. Der Zugang über eine Hinterhoftreppe diskriminiere die Patienten auch ein wenig.

Frau Kaufmann berichtet von anderen Orten in Deutschland, wo es die Strategie gegeben habe, die Substitutionspraxen gegen viel Widerstand in guten Wohngebieten





einzurichten, um nicht eine Kumulation von Problemen zu schaffen. Die Besucher hätten sich sehr unwohl und der Arzt habe sich beobachtet gefühlt.

Herr Bihs ergänzt, dass die Substituierten- und die Trinkerszene völlig voneinander getrennt seien und sich nicht vermischten.

Herr Reinke weist darauf hin, dass sich die Trinkerszene dort inzwischen ein wenig abgesetzt habe.

Auf Frage von Herrn Reinke bestätigt Frau Schneider, dass das eben diskutierte Vorgehen denkbar sei.

Herr Reinke stellt fest, dass die stimmberechtigten Mitglieder mit dem wie vorab von Herrn Goldbach formulierten Vorschlag einverstanden sind.

Er bedankt sich bei allen Anwesenden. Er sei froh, dass man in der Angelegenheit ein großes Stück weitergekommen sei.

## 2. **Verschiedenes**

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung: 17.12 Uhr





**C ANWESENDE**

Name	Bemerkungen
Detlef Reinke	CDU
Niemann, Corinna	CDU
Schuchardt, Kirsten	Hagen Aktiv
Heuer, Heike	Bündnis 90/Die Grünen
Wessel, Markus	Vertreter Jugendverband
Margarita Kaufmann	Beigeordnete
Reinhard Goldbach	Fachbereichsleiter Jugend und Soziales

Name	Bemerkungen
------	-------------

**Fachbereich Jugend und Soziales**

Schmidt, Friedrich	53
Schneider, Linda	55
Dreyer, Anna	55
Titze, Bernhard	55
Kerkhoff, Daniel	55
Randt, Jessica	55
Schriftführerin: Edith Holz	55/010

**Gäste**

Hans-Joachim Bihs	Vorstand WBH
-------------------	--------------

gez.  
Detlef Reinke  
Vorsitzender JHA

gez.  
Edith Holz  
Stellv. Schriftführerin JHA